

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen SPD	Vorlagen - Nr.: Status: Datum: Eingang:	VO/1673/2010 öffentlich 26.11.2010 26.11.2010	TOP
Stadtverordnetenversammlung Marburg			
<u>Beratende Gremien:</u>	Ausschuss für Soziales, Jugend und Frauen Stadtverordnetenversammlung Marburg		

Antrag Fraktionen B90/Die Grünen und SPD betr. Kürzungen der Bundesregierung bei der Beschäftigungsförderung für Langzeitarbeitslose

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung lehnt die von der Bundesregierung vorgesehenen drastischen Kürzungen bei den Finanzmitteln zur Eingliederung von Langzeitarbeitslosen als unsozial und kontraproduktiv ab und schließt sich der von „Arbeit und Bildung e.V.“, Jugendkonflikthilfe e.V., Praxis GmbH und Integral GmbH am 17. November 2010 verabschiedeten „Marburger Erklärung“ an.
2. Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, sich auch weiterhin mit allen ihm zur Verfügung stehenden Möglichkeiten gegen die geplanten Kürzungsmaßnahmen bei Langzeitarbeitslosen, insbesondere über die kommunalen Spitzenverbände, einzusetzen.
3. Die Stadtverordnetenversammlung fordert die Abgeordneten des Deutschen Bundestages auf, weiterhin die Finanzierung der Integration von Langzeitarbeitslosen sicherzustellen.

Begründung:

Die Bundesregierung plant im Rahmen des Sparpakets zur Sanierung des Bundeshaushalts die Mittel zur Integration von Langzeitarbeitslosen um etwa 25% zu kürzen. Dies würde eine erhebliche Verringerung der Maßnahmen für die betroffenen arbeitslosen Menschen und gleichzeitig eine Gefährdung der guten Arbeit der Qualifizierungs- und Beschäftigungsträger in Marburg bedeuten. Betroffen wären u.a. bei „Arbeit und Bildung e.V. Projekte wie der Dorfladen in Michelbach, bei der Praxis GmbH die Gebrauchtwarenkaufhäuser, bei der Juko die Bistros und bei Integral arbeitsmarktnahe Qualifizierungs- und Beschäftigungsmaßnahmen.

Dietmar Göttling

Matthias Acker

Anlage



Arbeit und Bildung e.V.



Marburger Erklärung zu den Einsparungen bei der Förderung Langzeitarbeitsloser

Unsozial und kontraproduktiv!

Wir protestieren gegen die Kürzungen der Bundesregierung bei der Beschäftigungsförderung für Langzeitarbeitslose und schließen uns damit den Verbänden der Wohlfahrtspflege in Hessen und der Landesarbeitsgemeinschaft Arbeit in Hessen an.

Die Bundesregierung plant ab 2011 und in den Folgejahren deutlich weniger Mittel für Leistungen zur Eingliederung in Arbeit zur Verfügung zu stellen. Beabsichtigt ist, das Budget für Eingliederungsleistungen schrittweise um 3 Mrd. € bis 2013 abzusenden, das entspricht einer Mittelkürzung um 25 Prozent.

Die Folgen für Hessen und die Menschen in Hessen

Bleibt es bei den Absichten der Bundesregierung, werden in Hessen tausende Plätze in Beschäftigungsmaßnahmen, in Qualifizierungs- und Weiterbildungsangeboten, in Trainings- und Vermittlungsmaßnahmen entfallen. Viele Hilfeempfänger werden nicht mehr in Aktivierung, Förderung und Reintegrationsangebote einbezogen, sondern bleiben zu Hause.

Dass so mit den Potenzialen von jungen Menschen, Migrantinnen und Migranten, Alleinerziehenden und anderen unfreiwillig arbeitslosen Menschen umgegangen wird, ist aus volkswirtschaftlicher Sicht und angesichts des Fachkräftemangels ein Skandal und menschlich gesehen eine Katastrophe. Denn unfreiwillige Untätigkeit ist grausam, zerstört das Arbeitsvermögen, grenzt aus. **So zahlen die sozial Schwachen die Folgen der Wirtschaftskrise.**

Bleibt es bei den Absichten der Bundesregierung, werden viele gute Projekte in Hessen ihre Qualifizierung und Beschäftigung stark reduzieren oder einstellen müssen. Dazu gehören Projekte im Natur- und Umweltschutz, im Recycling von Elektro-Altgeräten, in Sozialkaufhäusern, Möbel- und Textilrecycling, in der Schulverpflegung, in der Stadtteilbetreuung, bei Mieterservices und vielen anderen mehr.

Schließlich werden in Hessen bei etlichen Trägern von Maßnahmen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihre Arbeit verlieren. Etablierte und erfolgreiche Strukturen werden beschädigt oder zerschlagen.

Die Argumente der Bundesregierung tragen nicht

Die Bundesregierung rechtfertigt die geplanten Kürzungen mit einer *Entspannung auf dem Arbeitsmarkt*, die sich bereits in rückläufigen Arbeitslosenzahlen bemerkbar mache. Man brauche daher auch weniger Maßnahmen. Fakt ist: Besonders die besser qualifizierten und kürzer Arbeitslosen im Rechtskreis des SGB III profitieren vom Aufschwung – Gott sei Dank. Fakt ist aber auch, dass langzeitarbeitslose Menschen im Rechtskreis SGB II immer erst später und in geringerem Umfang von einer Arbeitskräftenachfrage erfasst werden (laut IAB etwa 5%). Das ist auch ganz logisch, weil hier der Bedarf an Ermutigung, Training und Unterstützung viel höher ist, soll eine Eingliederung in Arbeit gelingen.

Ein weiteres Argument besteht im Hinweis auf eine *geringe Wirksamkeit* der bisher angewandten Instrumente. Besonders die *öffentlich geförderte Beschäftigung* sei unwirksam. Spare man hier, sei nichts verloren. Stimmt das, dann hätten die Verantwortlichen in Berlin und Nürnberg jahrelang große Fehler gemacht, indem sie bisher jährlich 350.000 Plätze öffentlich geförderter Beschäftigung in Deutschland ermöglichten, davon in Hessen ca. 15.000. Dem ist aber nicht so: Die Eingliederungswirkung geförderter Beschäftigung ist hoch, insbesondere bei der jetzigen verbesserten Marktsituation, aber nur nach einer heranzuführenden Förderung im II. Arbeitsmarkt.

Im Übrigen ist geförderte Beschäftigung auch sinnvoll und notwendig, um Menschen aufzubauen, ihnen Tagesstruktur, soziale Einbindung und neuen Mut zu geben, um sie in Gesellschaft einzubeziehen – auch wenn Reintegration in den Arbeitsmarkt nicht sofort gelingt.

Sparpaket überdenken und korrigieren

Das Sparprogramm der Bundesregierung ist falsch justiert. Es trifft den Sektor Grundsicherung und die sozial Schwachen mit besonderer Härte. Bei den Förderungsleistungen droht ein Abbau von Maßnahmen auf breiter Front. Damit wird am „Fördern“ gespart. Das Eingliederungsgebot der Grundsicherung ebenso wie ihr sozialer Auftrag werden kleiner geschrieben.

Wir fordern eine Revision der Sparbeschlüsse.

Wir fordern Städte und Gemeinden auf, sich dem Protest gegen die unsoziale und kontraproduktive Sparpolitik anzuschließen.

Wir fordern die Mitglieder des Bundestags aller Parteien auf, ihr Möglichstes zur Verhinderung oder Abmilderung der Kürzungen zu unternehmen.

Rainer Dolle
Arbeit und Bildung e.V.

Gerlind Jäckle
Praxis GmbH

Maria Flohrschütz
Jugendkonflikthilfe e.V.

Cornelius Schulz
INTEGRAL GmbH

Bei Kürzungen von gemeinnützigen Arbeitsgelegenheiten könnten folgende Dienste und Betriebe betroffen sein:

Arbeit und Bildung e.V.

- **Projekt Ausweg** für Menschen, die in Kindergärten und Altenpflegeheimen mitarbeiten
- **Textilwerkstatt** in der Marburger Bootswerft
- **Marburger Bootswerft**
- **Mobil in Natur- und Umweltpflege** für langzeitarbeitslose Menschen
- **PC Revival** für ehemals Suchtmittelabhängige
- **Job In** für ehemals Suchtmittelabhängige
- **Produktionsschule Marburg** für noch nicht ausbildungsreife Jugendliche
- **Dorfladen Michelbach** für langzeitarbeitslosen Menschen.

INTEGRAL GmbH

- **Aufbruch** Aktivierung und Coaching
- **Sprungbrett** Aktivierung in weiterführende Maßnahmen
- **Arbeitsmarktnahe qualifizierende Beschäftigung** Fordern und Fördern
Elektroaltgeräterecycling (Ersatzteilgewinnung); Wertstoffrecycling; Schulverpflegung; Schulmilchbelieferung; Umwelt- und Naturschutz; zusätzliche Betreuung an Schulen
- **Ausbildung und Umschulung**
Garten- und Landschaftsbau; Hauswirtschaft; Koch/Köchin; Fachkraft Gastgewerbe; EDV; Kaufleute für Bürokommunikation
- **Qualifizierung** diverse Angebote, u.a. LKW-Führerschein
- **Berufsbezogener Deutschunterricht** für Migrantinnen und Migranten
- **Verschiedene Integrations- und Teilhabeprojekte**
für Jugendliche und deren Eltern in Stadtallendorf; für Personen im kommunalen Leistungsbezug.